

Rich Kids First

ABSTIMMUNG Der geplante Kinderabzug wird den Kanton wohl mehr als eine halbe Million Franken pro Jahr kosten. Profitieren werden vor allem die reichsten Familien.

Jimmy Sauter

Sachen gibt's, die gibt's gar nicht. Oder man glaubt sie erst, wenn man sie sieht. Wer hätte gedacht, dass ausgerechnet Linke und Grüne irgendwann fleissig den Finanzminister Ueli Maurer zitieren und ein Video von einer seiner Reden in den sozialen Medien teilen. Nun, dieser Tage tun sie das. Denn der SVP-Bundesrat liefert ihnen die Argumente gegen den sogenannten «Kinderabzug-Bschiss» beziehungsweise die «Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer», wie die Vorlage offiziell heisst, die am 27. September zur Abstimmung kommt.

Die ärmere Hälfte hat nichts davon

Es war im September des letzten Jahres, als sich Ueli Maurer im Ständerat gegen das, was nun zur Abstimmung kommt, zu wehren versuchte: «Wenn wir wirklich Familienpolitik machen wollen – da wäre ich voll dafür –, dann dürfen wir einfach nicht solche, ich würde sagen, Hüftschüsse unterstützen».

Der Debatte vorangegangen war ein Antrag der CVP, den Kinderabzug bei der direkten Bundessteuer von 6500 Franken auf 10 000 zu erhöhen. Er wurde angenommen, trotz Maurers Widerstand.

Das klingt ja auch ganz nett: Familien mit Kindern zahlen weniger Steuern. Nur, Finanzminister Maurer warnte schon damals, dass dieser höhere Kinderabzug vor allem den reichsten Familien zugute kommen wird. Die ärmere Hälfte hätte nichts davon: «50 Prozent der Familien mit Kindern zahlen gar keine direkte Bundessteuer, das sind die schlechtverdienenden. Wenn wir etwas für Kinder und kinderreiche Familien tun wollen, müssen wir wohl dort ansetzen, wo das Einkommen noch nicht so hoch ist, aber die Kosten höher sind.» Seine Worte wurden aber nur bei den



Bei einem Ja zum Kinderabzug werden die Kinder reicher Eltern noch reicher.

Peter Pfister

Linken und ein paar einzelnen Bürgerlichen gehört. National- und Ständerat stimmten dem Kinderabzug zu, die Linke ergriff das Referendum, weshalb es nun zur Abstimmung kommt.

Für ein Nein weibelt auch die Schaffhauser SP-Nationalrätin Martina Munz. Sie bezeichnet den höheren Kinderabzug als «eine goldene Giesskanne für Topverdiener-Familien». Um den Maximalbetrag von 910 Franken einsparen zu können, müsse ein verheiratetes Zweiverdienerpaar mit zwei Kindern 300 000 Franken im Jahr verdienen. «Alles in allem sind es gerade mal sechs Prozent der Haushalte in der Schweiz, die von diesem Bschiss wirklich profitieren werden, die übrigen 94 Prozent müssen die Löcher stopfen», so Munz.

Schaffhauser CVP: «Unschön»

Das hat offenbar auch die Schaffhauser CVP zur Kenntnis genommen. «Als unschön empfunden» werde die Tatsache, dass besser verdienende Familien von der Vorlage mehr profitieren als weniger verdienende, schreibt die Partei in der Mitteilung zu ihrer Parolenfassung. Obwohl die Bevorteilung der reichen Familien konstatiert wurde, empfiehlt die

Schaffhauser CVP ein Ja, wie auch EVP, FDP und SVP. Dagegen sind GLP, Grüne, SP, AL und EDU.

Bei aller neuen linken Liebe für Ueli Maurer: Der SVP-Finanzminister dürfte sich vermutlich anstatt um die Benachteiligung von armen Familien vor allem Sorgen um die Kassen von Bund und Kantonen machen. Diese werden jährlich 380 Millionen Franken an Steuerausfällen verkraften müssen, sollte die Vorlage vom Stimmvolk angenommen werden. Davon fallen laut Abstimmungsmagazin «gut 20 Prozent» bei den Kantonen an, also etwa 80 Millionen. Wie viel das für Schaffhausen ausmacht, ist im Detail nicht bekannt. Genaue Zahlen haben weder die eidgenössische Steuerverwaltung noch die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und -direktoren. Man habe das nicht berechnet, heisst es von beiden Seiten.

Grobe Schätzungen liegen aber vor. Und diese zeigen: Es dürfte mindestens eine halbe Million sein. Die kantonale Steuerverwaltung beziffert die jährlichen Mindereinnahmen auf Anfrage der AZ auf einen Betrag um die 540 000 Franken, Martina Munz nennt gar 800 000 Franken. Für die Nationalrätin aus Hallau ist klar: «Dieses Geld könnte man für echte Familienförderung einsetzen.»